Bezugsgebühr:
Abonnementspreis für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten monatlich und vierteljährlich, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Die den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher ausgestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen ausgeliefert. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kotillon- Tafellieder-Enveloppen • Zigarren-Etuis Tafeldekorationen • Knallbonbons für Hochzeits- u. Familienfestlichkeiten
Fabrik und Lager. Oscar Fischer, 21 Am See 21.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 4 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Auftraggebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Im Nachtrag nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Auftraggebern 1 Mk., von auswärtigen 1,60 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 20 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Massiv Gold — fugenlos!
Das Paar von 10 bis 50 Mark.
— Gravierung gratis. —
Trauringe: **Gustav Smy**
Dresden-A., Moritzstrasse 10
(Ecke König Johann-Strasse).

Kios-Jacca-Dubec
Aromatische 3 Pfg. Cigarette
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kennzeichen
E. Böhme's rother Gartenschlauch.
Telephon I. 3894.
C. Böhme, Blasewitzerstr. 32 Dresden-A.

Zu Frühjahrskuren täglich frisch gepresste Frühlingskräutersäfte, normal und verstärkt. Letztere auch als Ersatz für Marienbader Mineralwasserkuren **bei Korpulenz** empfohlen. Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen in der **Löwen Apotheke zu Dresden.**
Fernsprecher No. 453.

Nr. 130. Spiegel: Das franz.-japan. Abkommen. Hofnachrichten, Gartenbau-Ausstellung, Rabattsparvereine, „Ilme", Gerichtsverhandlungen, Flottenverein, Spanischer Thronerbe. Professor Bier.

Mutmaßliche Witterung: **Warm, heiter, ev. Gewitter.**

Sonnabend, 11. Mai 1907.

Das französisch-japanische Abkommen

gibt einen Beweis dafür, daß auch in unserer Zeit der unbeschränkten Oeffentlichkeit und der allgemeinen Indiskretionen unter Umständen das diplomatische Geheimnis noch tadellos gewahrt werden kann. Kein Horcher an der Wand, kein Lauscher am Schlüsselloch, kein berufsmäßiger Ohrenspitzer der Presse hat auch nur das geringste herausbekommen, und auch im intimen Kreise der von Amts wegen Wissenden fand sich kein Verräter. So konnte denn Herr Clémenceau eines schönen Tages, gerade als ihm infolge seines plötzlichen Energieausbruches gegenüber dem bis ins Aschgraue gestiegenen Uebermute der sozialen Revolutionäre das Messer schon an der Kehle saß, vor das Parlament treten, und, stolz wie ein alter gewiegter Diplomat, der geheime Aktionen in aller Stille nur so am Schnürchen hat, erklären: „Seht her! Das habe ich gemacht!" Ein allgemeines „Ah!" der Ueberraschung ringsum, und Herr Clémenceau war bis auf weiteres wieder Herr der Situation.

Der genaue Wortlaut des französisch-japanischen Vertrages ist vorerst noch nicht veröffentlicht worden, doch läßt sich aus den gegebenen Andeutungen bereits zur Genüge ersehen, daß Frankreich der eigentlich gewinnende Teil ist, weil Japan den französischen kolonialen Besitzstand in Ostasien gewährleistet. Was eine solche Garantie für die Republik bedeutet, läßt ein Rückblick in die Zeit des russisch-japanischen Krieges erkennen. Von hoher militärischer Seite in Paris wurde damals die Enthüllung gemacht, daß die Regierung in Tokio lange geschwankt habe, ob sie den Russen oder den Franzosen den Krieg erklären solle. Die Entscheidung sei schließlich zu gunsten des Waffenganges mit Rußland gefallen, aber nur vorläufig; es liege ein genauer Feldzugsplan gegen Französisch-Indochina in den Archiven des Tokioter Generalstabes. Diese Nachricht erregte damals in Frankreich nicht geringe Sorge um die Aufrechterhaltung der französischen Stellung in Ostasien, und man sprach bereits von einem umfassenden Verteidigungsplane, der einen Mindestaufwand von einer halben Milliarde erfordert hätte. Dann schlief die öffentliche Erörterung der Sache ein, und es schien Gras darüber zu wachsen, bis jetzt mit einem Male die Meldung von dem Abschlusse des französisch-japanischen Uebereinkommens der politischen Welt die Augen darüber geöffnet hat, in wie zielbewußter Weise die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der dritten Republik hier hinter den Kulissen gearbeitet hat. Welch eine schwere Sorgenlast den Franzosen durch diesen Erfolg ihrer Staatskunst vom Herzen gefallen ist, ersieht man aus den freudigen Zustimmungsäußerungen der Presse. Die Genugtuung über die friedliche Gewährleistung der französischen Machtstellung in Ostasien und über den Fortfall der Notwendigkeit einer überaus kostspieligen Rüstung im fernen Osten kommt lebhaft zum Durchbruch, und der „Temps" erklärt namens der französischen Regierung freudestrahlend, das Abkommen gebe dem Besitz Indochinas eine „diplomatische Sicherheit ersten Ranges".

Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß die Vereinbarung mit Japan wirklich einem dringenden französischen Interesse entspricht. Deshalb läßt sich auch nicht behaupten, daß das Abkommen zwischen dem Reiche der aufgehenden Sonne im fernen Osten und der demokratischen Republik des europäischen Westens irgendwie im unmittelbaren Sinne eine gegen Deutschland gerichtete Spitze habe. Gleichwohl stehen die Dinge für uns nicht so, daß die nationale öffentliche Meinung sich ohne weiteres mit der üblichen offiziösen Versicherung unserer politischen „Uninteressiertheit" zufrieden geben könnte. Verschiedene Begleitumstände weisen vielmehr darauf hin, daß wir gut daran tun, uns mit den Einflüssen, die bei der Begründung der neuen „Entente" mitgewirkt haben, und mit ihren möglichen entfernteren Folgen etwas näher zu beschäftigen und den treibenden Kräften möglichst gründlich auf den Zahn zu fühlen.

Da muß zunächst der Umstand auffallen, daß Japan keine ausreichende Gegenleistung erhält. Die Japaner sind nirgends von Frankreich bedroht, und daß sie, wie angedeutet wird, bloß um einer neuen Anleihe willen, die sie doch am Ende ebenso gut bei ihren britischen Freunden erhalten könnten, der Pariser Regierung ein so ausgiebiges Zugeständnis gemacht haben sollten, will nicht recht glaublich erscheinen. Es drängt sich daher die Vermutung auf, daß die Allerweltspolitiker in London hier wieder die Hand im Spiele gehabt und einen „sanften Druck" auf Japan mittelst des Hebels des englisch-japanischen Bündnisses angewandt haben, um die weltpolitische Lage in einem den britischen Absichten erwünschten Sinne weiter zu klären. Ohne Hinzuziehung Englands kann der französisch-japanische Pakt schon deshalb nicht abgeschlossen sein, weil Japan vertragsgemäß verpflichtet ist, in solchen Fällen in London vorher anzuklopfen, ganz abgesehen von dem intimen Verkehr zwischen Paris und London, der sowieso eine Sonderaktion Frankreichs von so grundlegender Bedeutung ausschließt; außerdem hat die französische Regierung natürlich den russischen Bundesgenossen rechtzeitig von ihrem Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Nun vergegenwärtige man sich einmal ohne allen Pessimismus, ohne jede Spur von geflissentlicher Schwarzmalerei, einfach auf Grund schlichtender Tatsachen mit unvoreingenommenem Blicke die Weltlage, wie sie sich nach dieser neuesten Zutat zu dem von London aus angesponnenen Bündnisnetz darstellt: In Europa eine ausgesprochene westmächtliche Allianz zwischen England und Frankreich, Spanien zwischen beiden Staaten eingekeilt, Italien so gut wie völlig von ihnen abhängig, dazu Rußland auf dem besten Wege, den Triumph der britischen Bündnispolitik zu vervollständigen. Im fernen Osten das englisch-japanische Bündnis und als dessen unverkennbare Anschlußwirkungen die japanisch-russische Verständigung über die gegenseitigen Handelsbeziehungen und die Fischereirechte, sowie das neueste Abkommen zwischen Japan und Frankreich. Diesem ganzen Kreise von Allianzen und Vereinbarungen liegt das gemeinsame Bestreben zu grunde, die Reibungsflächen zwischen Großbritannien und fremden Mächten, sowie zwischen fremden Mächten unter sich, mit Ausnahme Deutschlands, mehr und mehr zu verkleinern und womöglich ganz zu beseitigen, um den Schwerpunkt der gesamten internationalen Beziehungen nach Europa zu verlegen. Diesen Schwerpunkt selbst aber bildet England, und um dieses herum gruppieren sich die übrigen Mächte in mehr oder minder großer Abhängigkeit von dem Inselstaate. Die französische Presse trifft durchaus das Rechte, wenn sie hervorhebt, daß der Frieden in Ostasien durch die neue Uebereinkunft mit Japan eine mächtige Sicherung erfahren habe. Das bedeutet aber für England den Vorteil, daß es nicht bloß seine ostasiatische Flotte fortan ständig in Europa halten kann, sondern daß auch der französische Bundesgenosse nunmehr in den Stand gesetzt ist, sich ganz auf europäische Angelegenheiten zu konzentrieren. In welchem Sinne und nach welcher Richtung dies nach den englischen Wünschen zu geschehen hätte, braucht nicht erst näher ausgeführt zu werden.

Wirklich unabhängig von England sind heute nur noch Deutschland, Oesterreich und Amerika. Diese drei Staaten werden daher auch gemeinsam von den politischen und wirtschaftlichen Nachteilen betroffen, die mit dem englischen Bündnissystem verbunden sind. In wirtschaftlicher Hinsicht wird sich das bei dem Wettbewerbe auf dem chinesischen Markte wohl bald fühlbar machen. Noch ein paar „Ententen" mehr, und es gibt schließlich kein selbständiges China, Siam, Persien, Afghanistan mehr, wenn heute auch noch der Welt verkündet wird, daß die „Integrität" Chinas und der übrigen asiatischen Staaten aufrecht erhalten bleiben solle! Politisch handelt es sich für Deutschland um die Behauptung Kiautschous. Wie man über diesen deutschen Besitz in Ostasien in Tokio denkt, hat der japanische Botschafter in Paris Kurier dem „Matin" verraten. Darnach hat ein Vertrag mit Deutschland über die Garantierung des beiderseitigen Besitzstandes „keine Existenzberechtigung", weil — Kiautschou keine „eigentliche Kolonie" sei, sondern „nur ein von China pachtweise überlassenes Gebiet". Das heißt mit anderem Wort, daß Deutschlands Position in Ostasien nach japanischer Auffassung überhaupt nicht auf einem festen weltpolitischen Rechtstitel beruht. „Das läßt tief blicken", pflegte der jüngst verstorbene Herr Sabor zu sagen. Die gewiß nicht schwarzseherisch veranlagten „Hamb. Nachr." schätzen die Schwierigkeiten und Gefahren der jetzigen Lage in Ostasien für Deutschland so hoch ein, daß sie an das Wort Bismarcks erinnern, das er mit Bezug auf die neue, um Kiautschou bereicherte Karte von der chinesischen Küste sprach: „Groß genug, um allerhand Dummheiten zu machen!", und rund heraus erklären: „Wir fürchten, daß der deutschen Weltpolitik — wenigstens in dem Sinne, wie sie in China betrieben worden ist — über kurz oder lang ein Ende bereitet werden wird, und daß, wenn dies zum Schaden Deutschlands ausschlägt, die Verantwortung diejenigen trifft, die jene Politik seinerzeit mit in jeder Beziehung unzureichenden Mitteln begonnen haben." Warten wir's ab, ohne Nervosität, mit der Ruhe des Starken. In einem Punkte hat unsere Diplomatie jedenfalls gute Voraussicht und praktisches Geschick bewiesen, in der Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Hier gilt es, mit kluger Realpolitik weiter zu bauen, um die Grundlagen für eine feste politische Verständigung zu schaffen, deren Vorteile den beiden mächtigen Staatswesen bei der Behauptung ihrer Weltstellung gleichermaßen zu gute kommen würden.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Ergänzungs-Etat betr. Farmer-Entschädigung in Südwestafrika steht zur zweiten Lesung. Die Kommission beantragt, statt 7½ Millionen nur 5 Millionen zu bewilligen. Die Hilfeleistung soll, und zwar schenkungsweise, erfolgen „unter der Voraussetzung, daß anderweitige Ansprüche auf Entschädigung gegen das Reich oder die Kolonie aus Verlusten infolge des Aufstandes seitens des Empfängers nicht gestellt werden". — Kolonialdirektor Dernburg: Ein Rechtsanspruch auf Unterstützung besteht nicht. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Darlehne gewährt und zurückgegeben werden. Die Regierung besteht aber auf der Vorlage, weil sie die höhere Summe für erforderlich hält. Wenn in der Kommission von einer Seite hypothekarische Eintragung der Darlehne verlangt wurde, so werden dabei die eigenartigen Umstände in dem Schutzgebiete übersehen. Der Grundwert dort ist überhaupt kein großer. Auch würden, sobald hypothekarische Eintragung verlangt wird, andere Gläubiger kommen und sich vorweg eintragen lassen. Und dann würden, sobald der erste Rückzahlungstermin kommt, Schwierigkeiten entstehen. Wenn wir den Leuten auch kein Recht auf Unterstützung geben wollen, so erfordert doch die Gerechtigkeit die Unterstützung gegenüber den Leuten, die für die Kolonie gekämpft haben. Auf keinen Fall kann man ihnen eine ewige Rente auferlegen. Was Sie ihnen geben, kommt am letzten Ende doch wieder dem Schutzgebiete zu gute. Es fragt sich: ob 7½ oder 5 Millionen. Wollen Sie wirklich den Leuten etwas Gutes tun, dann bitte ich Sie, den 7½ Millionen zuzustimmen. Natürlich bin ich mit der von der Kommission beschlossenen „Voraussetzung", daß die Betreffenden nicht anderweit noch Rechtsansprüche geltend zu machen suchen, einverstanden. — Abg. Groeber (Zentr.) bemängelt, daß die Unterstützung eventuell auch ohne Nachweis des wirklichen Bedürfnisses, also nur nach der Höhe des Schadens solle gewährt werden können. Die ganze Feststellung des Schadens beruhe übrigens in Südwestafrika auf höchst unsicherer Grundlage. In einzelnen Fällen seien ganz kolossale Ueberforderungen, auch in der Kommission, festgestellt worden. Wie viele von den geschädigten Farmern seien überdies mitschuldig an dem Aufstande. — Abg. Dr. Paasche (natl.) hat von den Ausführungen des Vorredners den Eindruck, als ob das Zentrum überhaupt nichts, auch nicht einmal als Darlehen, bewilligen wolle. Wenn, wie der Vorredner selber gesagt habe, von einer Anzahl Forderungen so und so viel abgestrichen worden sei, so beweise das doch, daß bei der Abschätzung der Schädigungen vorsichtig zu Werke gegangen sei, daß unverschämte Forderungen einfach abgelehnt seien. Und das spreche doch erst dafür, anerkannte Forderungen anstandslos zu bewilligen. Redner plädiert für die Bewilligung der vollen in der Vorlage geforderten 7½ Millionen. — Inzwischen ist ein Antrag Arendt eingegangen: für den Fall der Ablehnung der 7½ Millionen, den Betrag von 5½ Millionen (also eine halbe Million mehr als die Kommission vorschlägt) zu bewilligen zu dem Zwecke, daß alle Schäden bis zu 10 000 Mark voll und die darüber hinausgehenden Schäden zu zwei Drittel entschädigt werden können. — Abg. v. Richthofen (kons.) empfiehlt in erster Linie Bewilligung der vollen 7½ Millionen, eventuell bittet er, den Antrag Arendt anzunehmen. Sollte auch dieser abgelehnt werden, würden seine Freunde dem Kommissionsvorschlage zustimmen. — Abg. Arendt (Reichsp.) tritt für seinen Antrag ein. Wenn Groeber sage, daß ja die Farmer teilweise mitschuldig an dem Aufstande seien, so lasse sich ebensogut sagen, daß auch die Regierung bis zu einem gewissen Grade die Schuld an dem Aufstande trage. Wer dort hinausgehe, nach Südwestafrika, der habe besonderen Anspruch auf die Machtmittel des Staates, des Reiches. Und da es das Reich seinerzeit an diesen Machtmitteln habe fehlen lassen, so sei es schuldig an dem Aufstande. (Lachen im Zentrum.) Ja, Herr Erzberger, daß das Volk so denkt, hat es Ihnen doch bei den Wahlen gezeigt. Wenn aus diesen auch nur Ihre Verbündeten, die Sozialdemokraten, abgeschwächt hervorgegangen sind, Sie selber dagegen nicht, so kann sich das, und ich hoffe es, auch noch einmal ändern. (Lachen im Zentrum.) — Gouverneur v. Lindequist: Man scheint anzunehmen, als bedeuteten die 7½ Millionen unter Zurechnung der schon früher bewilligten 5 Millionen eine volle Entschädigung. Um eine solche handelt es sich gar nicht. Nicht durchsichtig ist der indirekte Schaden der Ausfälle während der Kriegszeit. Außerdem sind die Viehpreise heute doppelt so hoch als früher. — Abg. Wiemer (freis. Vp.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage der Kommission; mit den 5 Millionen lasse sich einigermaßen auskommen. Immerhin behielten sich seine Freunde, falls bis zur dritten Lesung noch eine andere, zweckmäßigere Fassung für den Gedanken des Antrages Arendt gefunden werde, Erwägungen darüber vor. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Regierungsforderung gegen Rechte, Nationalliberale und Wirtschaftliche Vereinigung, des Antrages

Kernbräu
ist nach dem Urteile der Aerzte ein Stärkungsmittel erster Güte!
Spezialausschank: Bärenschänke, Dresden. In Flaschen überall.